

„Wir wollten keine andere DDR, sondern die Bundesrepublik Deutschland.“

von Matthias Rößler

War man, um eine böse Bemerkung des ehemaligen Bundespräsidenten von Weizsäcker über seinen ostdeutschen Nachfolgekandidaten Steffen Heitmann aufzugreifen, ein „Nischenossi“? War man doch oppositionell? Diese Frage treibt mich um wie manchen anderen, der das totalitäre SED-Regime in seinen letzten Jahren der Schwäche erlebte. Der Blick auf die eigene Biographie soll keine Selbstbespiegelung, sondern der erste Schritt zur Selbstvergewisserung in dieser Frage sein. Ich erzähle Ihnen meine Geschichte, berichte über meine Erfahrungen. Die wissenschaftliche Bewertung dieser Zeit liegt in den Händen von Historikern und Politologen, die gerade in Chemnitz einiges zu diesem Thema leisten.

Aber welchen Weg bin ich gegangen?

Mein Vater war selbstständiger Gärtnermeister, der sich mit aller Kraft und auch erfolgreich gegen die Zwangskollektivierung in der Landwirtschaft zur Wehr setzte. Meine frühesten Kindheitserinnerungen verbinden sich mit sogenannten „Aufklärern“ in FDJ-Hemden, die die Gärtner und Bauern in meinem Heimatdorf in die Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft zwingen wollten. Mein Vater konnte uns unsere eigene kleine Welt erhalten. Vom Sozialismus spürte ich in unserer Dorfschule eigentlich wenig, die ihrem über der Tür angebrachten Motto „Lerne Weisheit, übe Tugend“ weitgehend treu blieb. Erst im Staatsbürgerkunde-Unterricht brandmarkte ein fanatischer SED-Genosse uns Besucher der Christenlehre als Anhänger eines unwissenschaftlichen Aberglaubens.

Der Schüler Rößler musste sich als Sprößling eines kapitalistischen Ausbeuters von seinem Platz erheben. Damit war ich in der Welt des real existierenden Sozialismus angekommen und lernte, mich entsprechend zu verhalten. Auf der erweiterten Oberschule, auf die mich meine Dorfschule als Sohn einer kinderreichen Familie delegiert hatte, erlebte ich die Chancengleichheit im sozialistischen Bildungssystem: Der neben mir sitzende Sohn eines bei Stalingrad gefangenen Wehrmachtsgenerals, nun NVA-General, wurde im Klassenbuch mit dem begehrten A für Arbeiter klassifiziert und mit den entsprechenden Privilegien ausgestattet.

Dort lernte ich auch, dass ein „kleinbürgerliches Relikt“ trotz seines Abiturdurchschnittes 1,0 keinen Völkerkunde-Studienplatz bekam. Ich solle einen technischen Studiengang belegen.

Dort könne so einer wie ich keinen Schaden anrichten, erklärte mir der Genosse Kader-Entwickler.

Ich befolgte seinen Rat, da mir auch nichts anderes blieb. An ein solides Maschinenbaustudium schloss sich ein Forschungsstudium mit Promotion an, obwohl ich den Eintritt in die SED und die Kampfgruppe sogar im Kadergespräch beim Rektor ablehnte und mich nicht als Reserveoffizier werben ließ.

In meiner nach der friedlichen Revolution einsehbaren Kaderakte schrieb der Genosse Kaderleiter auch warnend an den Genossen Rektor, daß ich „kein geeigneter Nachwuchskader sei, den wir im Sinne der wissenschaftlichen Nachwuchsentwicklung fördern sollten...“.

Damit fand ich mich wie hunderttausende Angehörige der sogenannten technischen Intelligenz in meinen beruflichen Nischen an Hochschule, an der Akademie der Wissenschaft und im Kombinat Lokomotivbau-Elektrotechnische Werke Hennigsdorf auch irgendwie ab.

Wenn man sich nicht mit dem kommunistischen Regime einlassen wollte, blieb die Konzentration auf die wissenschaftliche Forschung und die Privatsphäre, auf das millionenfache kleine Glück einer inzwischen von vielen verklärten, kleinbürgerlichen DDR-Gesellschaft.

Ist das Zurückziehen in Nischen, der bewusste Verzicht auf Karriere und die Verweigerung gegenüber dem kommunistischen Regime schon passiver Widerstand oder gar Opposition?

Gerade in einer Zeit, in der die angeblichen Widerständler in Stasi- und SED-Kreisen wie Pilze aus dem Boden schießen, lasse ich diese Frage bewusst offen.

Ich selbst habe vor 1989 nicht zur organisierten Opposition gehört. Aber ich demonstrierte als junger Gastwissenschaftler mit meinen polnischen Kollegen 1984 vor den drei Kreuzen der Danziger Werft gegen das Kriegsrecht und hörte begeistert Lech Walensa zu, dem großen Arbeiterführer der Gewerkschaft „Solidarität“. Mit tausenden Jugendlichen besuchte ich im Rahmen der Aktion „Schwerter zu Pflugscharen“ die Dresdner Kreuzkirche an jenem 13. Februar 1982, dem Freya Klier in den „Kalenderblättern“ ein literarisches Denkmal gesetzt hat. Unter dem schützenden Dach unserer evangelischen Kirchen leisteten wir Widerstand gegen den Bau des Reinsiliziumwerkes Dresden und andere Umweltzerstörung.

Schlüsselerlebnisse brachte das Jahr 1989. Zu den Themen „Bewahrung der Schöpfung“ und „Bergpredigt“ erlebte ich Oppositionsgruppen und das Gefühl der Gemeinsamkeit unter Gleichgesinnten auf dem Kirchentag in Leipzig. In der Kommunalwahl suchte ich mit etwas weichen Knien die Wahlkabine auf und strich die Kandidaten der Nationalen Front.

Das Bild des Wahlbetrügers Krenz im Fernsehen und seine unverholenen Drohungen vergesse ich nie. Nach dem fürchterlichen Massaker auf dem Platz des himmlischen Friedens wussten wir ja 1989 auch, wie die Kommunisten mit ihren Gegnern umgehen. Krenz holte sich auf einem China-Besuch in Peking wohl extra Anregungen.

Das Jahr 1989 würde Veränderungen bringen, das spürten viele. Es entstand so etwas wie eine „revolutionäre Situation“, wie Wladimir Iljitsch Lenin immer so schön geschrieben hat. Auslöser waren aber nicht die im intellektuellen Milieu und der evangelischen Kirche verankerten Oppositionsgruppen, sondern der Unmut der Bevölkerung, ausgelöst von der katastrophalen wirtschaftlichen Situation. Die Menschen wollten nicht mehr so weiterleben, machten den Mund auf und protestierten. Sie wollten leben wie im Westen. Die wichtigste Art des opponieren wurde der Ausreiseantrag. Daran hat sich während der Existenz der DDR nie etwas geändert. Millionen flohen über die grüne Grenze oder nach West-Berlin. Die Ausreisewelle in den 70er und 80er Jahren erfasste uns alle, war das Thema im Freundes- kreis. Meine Frau und ich, die Freunde und Bekannten überlegten unentwegt, ob sie bleiben oder gehen. Immer mehr von uns stellten einen Ausreiseantrag und gingen nach dem Westen.

Unsere Familie wurzelte stark in Sachsen, in meiner Dresdner Heimat und im Erzgebirge. Deshalb skandierten wir wie viele andere auf den Montagsdemonstrationen: Wir bleiben hier!

Als sich die Gelegenheit bot, die Verhältnisse so zu gestalten wie im Westen Deutschlands, bin ich ohne Wenn und Aber politisch aktiv geworden.

Ich habe meine Kraft und Zeit ausschließlich auf die Politik konzentriert. Anders als viele der bekannten Oppositionsgruppen wollte ich die DDR nie reformieren, sondern 1989 diese Intermezzo deutscher Geschichte durch die Wiedervereinigung beenden. Dazu ging ich auf die Suche nach der Oppositionsgruppe, die eben dieses Ziel verfolgte. Mit der friedlichen Revolution begann die wichtigste Zeit meines Lebens, deren Dramatik und Turbulenz mir noch heute den Atem verschlägt.

Ich war im September 1989 zu einem Verwandtenbesuch im Westen. Manche Freunde sagten natürlich, du bleibst jetzt hier, wir besorgen dir einen Job, kein Problem. Deine Frau und deine Kinder holen wir nach, was willst du noch dort drüben? Meine Antwort: „Abhauen kann ich immer noch, aber jetzt haben wir dort drüben eine Chance, etwas zu verändern.“ Deswegen bin ich zurückgefahren. Bei den Zusammenstößen am Dresdner Hauptbahnhof flogen Molotowcocktails, da standen die ausgebrannten Polizeiautos. Ich freute mich, selbst über die ausgebrannten Polizeiautos, weil ich dachte, jetzt geht es los. Aber ich war immer der Meinung, die Sache muß friedlich laufen, wir dürfen die Machthaber nicht zu sehr reizen. Gemeinsam überlegten wir dann, wie wir uns organisieren.

Anfang Oktober bin ich mit nach Leubnitz-Neuostra zu einer Gründungsversammlung des Neuen Forums gegangen, um organisatorische Strukturen zu schaffen. Deswegen habe ich zahlreiche Freunde und Bekannte angerufen. Die meisten kamen auch. Allerdings wurde das Neue Forum dort nicht gegründet, die Staatssicherheit verhinderte es.

Wir haben uns später bei einer anderen Gründungsveranstaltung beteiligt. Im Neuen Forum ging aber nichts los, außer endlosen Diskussionen. Gemeinsam mit Bekannten haben wir deshalb beschlossen, uns die neuen Parteien anzusehen. Mein Großvater und mein Urgroßvater waren in der SPD, alle in der Familie Rößler waren vor 1933 in der SPD. Deswegen gingen wir zur SDP-Gründung in Dresden am 9. November im Saal der Martin-Luther-Kirche. Es war zwar eine unbelastete Partei, aber im Grunde dasselbe wie beim Neuen Forum: Am Tag des Mauerfalls weinerliches Gerede über die historische Schuld der Deutschen und unentschlossenes Hin und Her. Ich sagte: „Leute, ihr müsst was machen, ihr müsst aktiv werden. Die Menschen wollen die Wiedervereinigung, die wollen leben wie im Westen.“ Die Antwort war: „Das können wir nicht, da gibt es noch so viel zu bedenken, da müsse man, da solle man...“ Beim Demokratischen Aufbruch erfolgte zu diesem Zeitpunkt gerade der Bruch mit Schorlemmer und dem linken Flügel, am Jahresende redete in dieser Partei keiner mehr vom Sozialismus. Als ich dort richtig aktiv wurde, war das Spektrum des Demokratischen Aufbruchs schon sehr zusammengeschrumpft. Der ganze rot-grüne Teil um Schorlemmer trat aus. Die Partei erschien konservativer und patriotischer. Schnur positionierte sich immer eindeutiger, erst zur Marktwirtschaft und dann zur Wiedervereinigung. Das Programm hat mir gut gefallen. Es war durchdacht und ein ostdeutsches Eigenprodukt. Deswegen sind wir dort eingetreten. Auch mit der Idee von Hans Geisler, dem späteren sächsischen Sozialminister, den Demokratischen Aufbruch zur Partei im Neuen Forum zu machen, war ich einverstanden. Mit Parteien hatten die Leute nach der DDR-Erfahrung nicht viel am Hut, ich ja auch nicht. Ich musste wirklich eine echte Barriere überwinden.

Die Vorstellung, in einer Partei zu sein, war für mich schwierig. Übrigens hatte ich bereits im Oktober 1989 bei uns in der Hochschule für Verkehrswesen in Dresden zwei Gründungsaufrufe ausgehängt, den von der sozialdemokratischen SDP und den vom Demokratischen Aufbruch. Bis Anfang 1990 sagte nie jemand etwas dagegen. Dann kam am 3. Januar 1990 diese unglaubliche SED-Provokation am Treptower Ehrenmal in Ost-Berlin. Plötzlich forderte unser Sektionsdirektor, ich solle die Gründungsaufrufe dieser beiden Parteien entfernen. Provokateure hatten, man erinnere sich, den Sockel des sowjetischen Ehrenmals mit Nazi-Parolen beschmiert, um auf diese Weise eine antifaschistische Einheitsfront anzuregen. Daraus wurde aber nichts. Noch heute sehe ich die Fernhebilder, die Gysi und Lothar de Maiziere in Treptow nebeneinander zeigten.

Wir sind im Demokratischen Aufbruch aktiv geworden. Als Verantwortliche gesucht wurden, habe ich mich für den Umwelt- und Bildungsbereich gemeldet. Auf dem Parteitag des Demokratischen Aufbruchs in Halle brauchte man für den DDR-Vorstand einen neuen Wissenschaftspolitischen Sprecher. Wolfgang Schnur sprach mich an, ob ich zusammen mit Bundesforschungsminister Riesenhuber ein paar Veranstaltungen in Berlin bestreiten wollte. Ich müsse aber auch für den Sprecherposten kandidieren. Auch das habe ich getan, gegen eine ganze Menge Kandidaten übrigens. Um Mitternacht, da haben die Delegierten mich gewählt. Die haben einfach gesagt: „Der ist es.“. Mich stützten die südlichen Landesverbände Sachsen und Thüringen. Im DDR-Vorstand habe ich intensiv mitgearbeitet. Wenn ich immer gesagt hätte, ich kann meinen Job nicht aufs Spiel setzen, wäre das nie was geworden. Dann wäre ich nicht in diese Strukturen und in diese intensive Arbeit hineingekommen.

Es ging dann auch so weiter, zum Beispiel am Runden Tisch des Bezirkes Dresden. Dort war erst Hans Geisler unser DA-Vertreter. Wir suchten dann einen anderen, weil er einfach nicht mehr alles alleine machen konnte. Ich wurde sein Nachfolger. Dort habe ich dann so richtig Kontakt bekommen zu Dieter Reinfried, zu Arnold Vaatz und dieser Dresdner Szene. Ich arbeitete sehr eng mit ihnen zusammen. Sie waren mir menschlich auch sehr sympathisch. Ich erhielt schnell Kontakt zu den Vertretern der neuen Gruppen, vom Neuen Forum bis hin zur Vereinigten Linken. Uns einte damals die gemeinsame Opposition gegen die Vertreter des untergehenden Regimes. Es gab so etwas wie einen antitotalitären Grundkonsens.

Ein Schlüsselerlebnis war für mich der Kohl-Besuch in Dresden im Dezember 1989. Als der Kanzler vor der Frauenkirche stand, war den meisten klar, dass die Wiedervereinigung kommt. Da wusste ich, dass die West-CDU die Wahl gewinnt, auch hier im Osten. Das gab mir dann auch den entscheidenden Schub, im DA intensiv mitzumachen.

Im Dezember 1989 und im Januar 1990 stürzte ich mich regelrecht in die politische und organisatorische Arbeit im Demokratischen Aufbruch (DA) in Dresden. Schnell stieg ich in den Dresdner Vorstand der Partei auf, war zuerst für Umwelt- und Energiepolitik zuständig. Damals hielten sich viele zurück, ihre politischen Ziele klar zu formulieren. Man wartete ab, die Ereignisse überschlugen sich. Seit Anfang Oktober demonstrierte meine gesamte Familie jeden Montag in Dresden. Als Mitglieder des DA organisierten wir die Demonstrationen mit, stellten Redner und sorgten wie viele andere unter dem Motto „keine Gewalt“ für einen geordneten Ablauf.

- Der ökologische Umbau der Wirtschaft gewinnt existentielle Bedeutung. Dazu werden wir die umfassende Hilfe aller Deutschen erhalten.
- Die staatliche Einheit Deutschlands in einer europäischen Friedensordnung ist Nahziel unserer Politik. Der Weg dazu führt von einer vertraglichen Bindung zwischen den deutschen Staaten über einen Staatenbund zum Bundesstaat. Dazu brauchen wir die schnellstmögliche Wiedereinrichtung der Länder. Der Demokratische Aufbruch fordert Wahlen zu einer deutschen Nationalversammlung!

Bei einer dieser großen Demonstrationen von manchmal 100 000 Menschen zogen wir auch einmal auf mein Drängen an den Studentenheimen der TU Dresden vorbei. Es war ein Phänomen der friedlichen Revolution in der DDR und wohl einmalig in der europäischen Geschichte, dass die Studentenschaft nicht zu den Triebkräften einer revolutionären Bewegung gehörte. Leider trat diese „Kampfreserve der Partei“, ähnlich wie die Masse der SED-Hochschullehrer, eher als Gegenkraft in Erscheinung. Eine unrühmliche Rolle spielten die Studenten der Karl-Marx-Universität Leipzig als Gegendemonstranten auf dem Augustusplatz oder die Studenten der pädagogischen Hochschule in Dresden bei der historischen Rede von Helmut Kohl vor der Frauenkirche. Die passive, manchmal im Wortsinne konterrevolutionäre Haltung der ostdeutschen Hochschulen blieb gerade im Hinblick auf die Rolle der Universitäten in Mittel- und Osteuropa ein besonderer Makel und signalisierte hier besonderen Reformbedarf.

Jedenfalls skandierten die Demonstranten, Arbeiter, Handwerker, Angehörige der sogenannten technischen Intelligenz und des akademischen Mittelbaus der Dresdner Hochschulen immer wieder: „Kommt heraus und schließt euch an, wir brauchen jeden Mann!“

Die Studenten in ihren braunen NVA-Trainingsanzügen glotzten zwar aus den hell erleuchteten Zimmern, angeschlossen hat sich keiner.

Die friedliche Revolution wurde zur Angelegenheit der kleinen Leute, die „Eliten“ der DDR stemmten sich gegen die Wiedervereinigung.

Man sah immer weniger Kerzen und immer mehr schwarz-rot-goldene Fahnen. Arbeiter, Handwerker und die technische Intelligenz wandelten den Ruf von 1989 „Wir sind das Volk!“ in den Ruf „Wir sind ein Volk!“.

Diese Entwicklung haben die Aktivisten des DA in Dresden, wie mein Flugblatt zeigte, mit aller Kraft vorangetrieben.

Ein Eintritt in die Ost-CDU oder eine andere Blockpartei erschien damals als völlig undenkbar. Sie galten als Transmissionsriemen der SED, als Filialen der Nationalen Front und hatten nichts zu sagen. Dorthin flüchtete man bestenfalls, wenn man nicht in die SED eintreten wollte.

Am Anfang des Jahres 1990 ging es dann im Haus der Demokratie bei unseren Vorstandssitzungen des Demokratischen Aufbruchs (DA) in Berlin immer um das Thema der Wiedervereinigung. Wolfgang Schnur, unser Vorsitzender, wurde als Stasi-Agent enttarnt. Dieses Schicksal teilte er übrigens mit Ibrahim Böhme, dem Gründer der im Osten erst SDP genannten sozialdemokratischen Partei. Der neue Vorsitzende und gleichzeitige Verteidigungsminister Rainer Eppelmann versuchte, wie Lothar de Maiziere und seine Regierung, möglichst lange an der eigenständigen DDR festzuhalten. Große Teile des DA wollten das nicht, vor allem in Thüringen und Sachsen. Nach unserer Meinung musste die Wiedervereinigung schnell kommen. Wir diskutierten damals darüber, nach Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik beizutreten, notfalls auch als neukonstituierte Bundesländer ohne restliche DDR.

Einer der Gründe dafür bestand in unserer Sorge, dass sich die SED-Kader nach dem Schock der Demonstrationen wieder sammeln würden. Es entbrannte ein Kampf um die Besetzung der neuen Verwaltungsstrukturen. Es galt dafür zu sorgen, dass die alten Funktionäre abgelöst wurden und nicht wiederum beherrschenden Einfluss bekämen. Man musste den Mut haben, selbst nach der Macht, der politischen Verantwortung zu streben. Das haben wir in Sachsen unter der Führung von Arnold Vaatz am Runden Tisch getan, und zwar in der gemischten Kommission Sachsen/Baden-Württemberg und dem Koordinierungsausschuss zur Bildung des Landes Sachsen. Parallel dazu war es wichtig, dass die deutsche Einheit durch die DDR-Bevölkerung, durch die Bundesregierung und durch die Amerikaner schnell durchgesetzt wurde, auch gegen Teile der DDR-Opposition, gegen westdeutsche Linke und manchen europäischen Verbündeten.

Zuerst ging es darum, den Räten der Bezirke die Macht zu nehmen. Sie hatten sie an sich gerissen, als die SED-Regierung 1989 gelähmt war. Am Runden Tisch beschäftigte man uns Bürgerbewegte anfangs mit den Schließzeiten von Kindergärten, während die alten Machthaber hinter unserem Rücken Immobilien und Konten in Sicherheit brachten und ihre Positionen -auch mit Hilfe von Partnern aus den alten Bundesländern- stabilisierten.

Viele Vertreter der anderen Gruppen am Runden Tisch, geprägt vom kirchlichen Oppositionsmilieu, wollten gar keine Macht ausüben. Diese fatale Schwäche hat die Gruppe um Arnold Vaatz bewusst durchbrochen und nahm die Zügel in der Bezirksverwaltungsbehörde in die Hand. Damals leitete ich den Arbeitsstab „Kultus“ und bereitete ein großes Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Sport und Kunst vor.

Von März 1990 an war die kleine Gruppe friedlicher Revolutionäre permanent im Vormarsch, legitimiert vom Druck der Montagsdemonstrationen, akzeptiert von westdeutschen Aufbauhelfern. In diesem revolutionären Mikrokosmos kannte man sich persönlich, vom Demokratischen Aufbruch über die DSU zur Vereinigten Linken. Einige davon wie Heitmann, Eggert, Vaatz, Geisler und Rößler saßen dann in der Staatsregierung von Kurt Biedenkopf, der den Freistaat Sachsen auf den von Runden Tisch und Koordinierungsausschuss gelegten Fundamenten gründen konnte.

In der Regierung Milbradt gibt es keine friedlichen Revolutionäre mehr.

Vielleicht wäre eine radikalere personelle und strukturelle Erneuerung notwendig gewesen. Wir nutzten eine einmalige historische Chance nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums und hatten Angst, den Bogen zu überspannen. Unsere westdeutschen Berater mahnten so viel Veränderung wie möglich an, bevor die Übernahme des Grundgesetzes ab

3. Oktober 1990 alle bestehenden Besitzstände konservieren würde.

Deshalb stimmt der Vorwurf der von mir hochgeschätzten Bärbel Bohley „Wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat“ so nicht. Die Bürgerbewegten am Runden Tisch in Berlin und die einzige frei gewählte DDR-Regierung Lothar de Maizieres hätten mehr verändern können. Aber der Runde Tisch in Berlin konnte aus seinem Selbstverständnis heraus nicht mehr verändern. Die Regierung de Maiziere nutzte ihre Macht eher zur Konservierung alter DDR-Besitzstände, nicht zur Veränderung. Damals erschien das SED-Regime noch nicht so morsch wie im Rückblick. Ein hartes Vorgehen der sogenannten bewaffneten Organe wurde von vielen befürchtet.

Die hätten auch geschossen. Aber die Russen signalisierten, dass sie – anders als 1953- diesmal in den Kasernen bleiben würden.

Die DDR-Machthaber ließen nicht schießen, weil sie die Situation und ihre Schwäche richtig einschätzten, nicht weil sie so gute Menschen waren. An der Mauer erschossen schwer bewaffnete Grenzposten auch ohne Pardon jeden Flüchtling. Deshalb bestand immer die Angst, dass die Situation eskalieren könnte.

So unterblieben 1990 in den entscheidenden Phasen viele Veränderungen, und die neuen Bundesländer leiden heute unter den Folgen, zum Beispiel unter den gewaltigen finanziellen Lasten der Sonderversorgungssysteme der DDR.

Die SED verwandelte sich 1990 äußerlich in die PDS und behielt Vermögen, Mitgliedschaft und Charakter. Sie erschien und erscheint vor allem als die Partei der Funktionärskaste und der Eliten der DDR. Ihre völlig überalterte Mitgliedschaft ist kommunistisch, staatsgläubig und autoritär geprägt, duldet aber diszipliniert auch linkssozialistische intellektuelle Paradiesvögel in ihren Führungsetagen. Sie verteidigt zäh die sozialen Privilegien ihrer Kader im Rechtsstaat und agiert sozialpopulistisch als Partei des Ostens und der kleinen Leute gegen die Reformierung der Sozialsysteme und des Arbeitsmarktes. Sie ist in Teilen extremistisch wie ihre Antipoden von der NPD auf der anderen Seite des politischen Spektrums und bietet verfassungsfeindlichen Kräften wie der kommunistischen Plattform eine Heimstatt.

Trotz der pragmatischen und konstruktiven Kommunalpolitiker in manchen Stadträten oder Kreistagen will sie das demokratische System westlicher Prägung überwinden.

Darin unterscheidet sie sich nicht von rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien und muss von allen Demokraten in der offenen Gesellschaft genauso bekämpft werden.

Gerade in dieser Frage sind manche Bürgerbewegte heute blauäugig. Vielleicht rächt sich bei ihnen jetzt das vernachlässigte Studium der marxistisch-leninistischen Klassiker.

Ansonsten würden sie sich nicht so eifrig in die von den Kommunisten propagierte antifaschistische Einheitsfront einreihen, die verdächtig an Bündnispolitik und Volksfront erinnert.

Wie schwer die Veränderungen 1990 vorankamen, zeigt ein Erlebnis aus dem Dresdner Bezirkstag. Dem gehörte damals eine kleine basisdemokratische Fraktion der Herbstrevolutionäre an, allerdings ohne Stimmrecht. Auf diese Weise suchte sich dieses Pseudoparlament zu legitimieren und den Rat des Bezirkes zu stabilisieren.

Deshalb stellte ich in einer Bezirkstagssitzung im Namen der basisdemokratischen Fraktion und des Runden Tisches den Antrag auf Selbstauflösung dieses undemokratischen Gremiums, das auf keine Weise durch freie Wahlen legitimiert sei.

Der Antrag wurde natürlich abgelehnt, und die Abgeordneten der SED und der Blockparteien schrien mich nieder in dem ausbrechenden Tumult. Zu Reformen aus sich heraus eigneten sich die Strukturen des SED-Staates nicht.

Das die Auseinandersetzung mit den Vertretern des DDR-Machtapparates aber richtig gefährlich werden konnte, lernte ich nach einer der vielen Sitzungen des Runden Tisches. Wie jeden Montag fand diese im Rat des Bezirkes, der heutigen Staatskanzlei, statt.

Wie immer stritten wir mit den Funktionären der SED, wurden von manchen Vertretern der Blockparteien misstrauisch beäugt und stimmten in der Gruppe der neuen Kräfte, nämlich Vaatz-CDU, Demokratischer Aufbruch (DA), DSU, Forumpartei, Neues Forum, SPD, Vereinigte Linke u.a., geschlossen ab. Spät in der Nacht verließ ich dann das düstere Gebäude, froh darüber, heil aus dieser Zentrale des alten Unterdrückungsapparates herausgekommen zu sein. Als ich im Schrittempo mit meinem Wartburg um eine Kurve bog, stoppte ein fürchterliches Krachen meine Fahrt. Mit Mühe und ganz langsam erreichte ich die Autowerkstatt. Im Laufe des Tages rief der Monteur ganz verstört meine Frau an und fragte, ob ich Feinde habe. Am Auto hatten Unbekannte alle Radmuttern gelöst. Noch heute besitze ich die „Anzeige gegen Unbekannt“, die ich damals an die Kriminalpolizei richten wollte. Arnold Vaatz sagte damals bitter zu mir, dass „die nie gegen sich selber ermitteln“. So erstattete ich die Anzeige nicht.

Eine weitere schmerzhaft Erfahrung brachte mir mein erster Zeitungsartikel „Selbstentstalinisierung – oder: Neue Kaderakten entstehen“ in der uns nahe stehenden Dresdner Tageszeitung Union am 28. April 1990.

Die Kaderakte bestimmte bekanntlich das Wohl und Wehe des realsozialistischen Menschen. Deshalb folgten im Frühjahr zehntausende Staatsbedienstete der Aufforderung der Kaderleitungen, die jetzt Personalabteilungen hießen, Einsicht in die mysteriösen Akten zu nehmen. Natürlich prangte auch der Name des Genossen Kaderleiter am Türschild seiner Personalabteilung, denn auch die Leitung der Hochschule für Verkehrswesen konnte auf solch einen Parteiarbeiter mit inquisitorischem Scharfblick nicht verzichten.

Über meine Kaderakte berichtete ich bereits. Viele andere sortierten Schriftstücke wie Teilnahmebestätigungen für die Bezirksparteischule aus und schrieben neue Lebensläufe. Damals lief die moralische Selbsterneuerung durch flächendeckende Bereinigung der Kaderakten auf Hochtouren. Man bastelte an neuen Lebensläufen, die die Inhaber als völlig unbelastet darstellten.

Die ehemaligen Genossen schufen sich eine neue Identität. Sie waren alle im inneren Widerstand, verhüteten das Schlimmste. Während sie den finsternen stalinistischen Mächten trotzten, führten wir ein gemütliches Leben in unseren oppositionell tapezierten Nischen. Tausendfach entstand aus der alten Kaderakte eine neue Personalakte, aus dem eifrigen Genossen der fachkompetente Demokrat. Nach diesem Artikel isolierte mich ein Großteil der Kollegen an meiner Hochschule durch eine regelrechte Mauer des Schweigens. Mein damals ruhendes Arbeitsverhältnis –ich war gerade als Applikationskader in die Praxis delegiert- löste die Kaderleitung, die jetzt Personalabteilung hieß, noch im Sommer 1990 eilends auf.

Die Mächtigen und Etablierten halten sich am liebsten an ihresgleichen. Diesem verhängnisvollen Drang widerstand auch Ministerpräsident Lothar Späth anfangs nicht, als er 1990 Kontakt zum Dresdner Oberbürgermeister Berghofer und dem Rat des Bezirkes suchte. Eine gemischte Kommission Sachsen/Baden-Württemberg etablierte sich und bildete zehn Arbeitsgruppen für unterschiedliche Politikfelder. Bis heute kann ich nicht verstehen, wie man im Spiegel und in der westdeutschen Politik Leute wie Berghofer und Modrow als Reformer feiern konnte.

Gerade Modrow spielte eine üble Rolle beim brutalen Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen unbeteiligte Zuschauer bei den Demonstrationen am Dresdner Hauptbahnhof.

Unter dem Druck der Runden Tisches und des CDU-Fraktionsvorsitzenden Erwin Teufel im Stuttgarter Landtag leiteten dann drei prominente Vertreter der Basisdemokratie eigene Arbeitsgruppen. Ich erhielt die Fachkommission „Wissenschaft und Bildung“, besetzt mit Rektoren, Prorektoren und Bezirksschulräten. Die oftmals stasibelasteten Altkader wurden einer nach dem anderen durch unbelastete Personen aus Basisgruppen und Initiativen ersetzt. Unvergessen bleibt mir mein erster Besuch mit der Delegation in Baden-Württemberg, als der dortige Wissenschaftsminister Engler schnurstracks auf den damaligen Chemnitzer Rektor zusteuerte. In aller Höflichkeit aber mit Nachdruck erklärte ich dem verdutzten alten Herrn, dass Magnifizienz nicht das Sagen hatte. Das war für beide eine ganz neue Erfahrung: Für Magnifizienz, die einem Assistenten die Delegationsleitung überlassen musste und für den westdeutschen Wissenschaftsminister, der nie so richtig verstand, was sich im Osten abspielte.

Die an Hand dieser eigenen Erfahrungen und Erlebnisse geschilderten Entwicklungen fanden ihren Höhepunkt in der Wiedererrichtung des Freistaates Sachsen am 3. Oktober 1990 auf der Albrechtsburg in Meißen.

Die Vertreter der neuen Kräfte saßen in der ersten Reihe. Es war unsere Veranstaltung. Wir hatten damals gesiegt.

Anders als die restlichen neuen Bundesländer entstand der Freistaat Sachsen von unten nach oben, aus der friedlichen Revolution. Dabei gab es ständig Auseinandersetzungen mit der Ostberliner Regierung unter Lothar de Maiziere, der uns als „Revoluzzer“ bezeichnete.

Mit Mut und Machtbewusstsein gestaltete eine kleine Gruppe aus in die CDU eingetretenen Bürgerrechtlern, Mitgliedern vom Demokratischem Aufbruch, DSU und SPD unter Führung von Arnold Vaatz entscheidende Monate der sächsischen Geschichte.

Als es uns nach einigem Hin und Her noch gelang, Kurt Biedenkopf als zukünftigen Ministerpräsidenten zu gewinnen, waren die Voraussetzungen für eine Epoche des Aufbaus und der politischen Stabilität in Sachsen geschaffen.

Im August 1990 trat der Demokratische Aufbruch der CDU bei und die CDU-Basis meines Wahlkreises nominierte mich für den Sächsischen Landtag, in den ich im September gewählt wurde. Der neue Ministerpräsident Kurt Biedenkopf teilte das von mir vorbereitete Ministerium auf die Kultusministerin Rehm und den Wissenschaftsminister Meyer auf. Der „Revoluzzer“ Rößler landete als wissenschaftspolitischer Sprecher in der CDU-Landtagsfraktion, mit deren Hilfe er eine konsequente Hochschulerneuerung vorantrieb. Darauf möchte ich doch noch etwas näher eingehen:

Der Grundkonflikt zwischen radikaler Erneuerung und restaurativer Besitzstandswahrung prägte die politische Auseinandersetzung in der untergehenden DDR und später in den neuen Bundesländern. Die Herbstrevolutionäre trugen diesen Konflikt nicht nur mit den Regierungen Modrow und de Maiziere aus, sondern vor allem mit den Inhabern der Machtpositionen in der Verwaltung, dem Bildungswesen und den anderen öffentlichen Bereichen. Besonders an den Hochschulen versuchten diese, ihre Lehrstühle und andere Pfründe in das von ihnen so verteufelte demokratische System des Westens zu retten. Im politischen System der DDR ordnete die herrschende Partei Forschung und Lehre dem engeren Regierungssystem unmittelbar nach.

Die Personalkultur an den Hochschulen war ein Produkt der Kaderpolitik der SED, einer gezielten politischen Auslese. Die Devise „Parteilich entscheiden über Bewerbungen!“ der speziell an Universitäten geschaffenen SED-Kreisleitung, führte zu einer Parteimitgliedschaft von über 80% in der besonders systemnahen Hochschullehrerschaft.

Die Karriere eines Hochschullehrers bestimmte nach der „Hochschulreform“ von 1968 ein Kaderentwicklungsplan und erst in zweiter Linie fachliche Leistung.

Erneuerungswillige Kräfte aus Teilen des akademischen Mittelbaues versuchten Anfang 1990 einen Selbstreinigungsprozess, um so die Hochschulen auf ihre Autonomie vorzubereiten. Die Kraft dieser Initiativgruppen, die wenig Unterstützung im Bildungsministerium fanden, erlahmte im Herbst 1990 zunehmend. Starke Beharrungskräfte und absolute SED-Mehrheiten führten zu einer Struktur- und Hierarchieverfestigung. Die Hochschulen entwickelten sich zu letzten Wagenburgen des DDR-Sozialismus.

Durchaus in der Kontinuität Leninscher Gedanken, daß man die als Dummheit verachtete bürgerliche Liberalität ausnutzen müsse, forderten ausgerechnet ehemalige Nomenklaturkader oder von ihnen systematisch vorgeschobene „Persönlichkeiten“ die Hochschulautonomie und eine sofortige Übernahme des Hochschulrahmengesetzes. Damit sollten Nischen einer autonomen Weiterexistenz geschaffen werden, in denen man sich aus der eigenen Klientel heraus selbst ergänzen wollte. Nach der geschilderten Etappe der Stagnation bot der Einigungsvertrag den neugebildeten Ländern durch die Möglichkeit der Abwicklung und der Abweichung vom Hochschulrahmengesetz mit einer weitgehenden Aufhebung der Hochschulautonomie die bisher wirksamsten Mittel zur Erneuerung.

So löste die sächsische Staatsregierung einige besonders deformierte Hochschulen (z.B. LPG-Hochschule Meißen) und Sektionen (z.B. sozialistische Betriebswirtschaft) auf. Unter Leitung von Gründungsdekanen konzipierten Gründungskommissionen neue Fakultäten und schrieben insbesondere in den bisher vom Marxismus-Leninismus geprägten Geisteswissenschaften viele neue Lehrstühle neu aus. Im Frühjahr brachte die Staatsregierung ihr sogenanntes Hochschulerneuerungsgesetz in den Landtag ein. Das Kernstück stellten Personal- und Fachkommissionen dar, die persönliche Integrität und Fachkompetenz prüfen sollten. Als Orientierung diente die Charta der Menschenrechte, die die Personalkommission mit dem Beweis für mögliche Delikte hoffnungslos überforderte. In totalitären Diktaturen ist es schwer, Schuld individuell abzubilden. Für die CDU-Fraktion lehnte ich im März in einer dramatischen Landtagssitzung in der Dreikönigskirche 1991 den Gesetzentwurf ab. Dabei verwies ich auf den in Deutschland generell herrschenden Befehlsnotstand, bei dem sich ja bekanntlich nie Schuldige finden. Deshalb setzte die CDU-Fraktion im Landtag die Stasi-Überprüfung aller Hochschul-angehörigen durch und verlangte die Kündigung aller enttarnter Mitarbeiter. Aber die SED hatte sich die Stasi erschaffen und nicht umgekehrt.

„Hochschullehrer, die in der alten Zeit hauptamtliche Parteisekretäre waren oder vergleichbare Funktionen innehatten, sind an der freiheitlichen, modernen Universität fehl am Platze“, verkündete deshalb Ministerpräsident Biedenkopf in seiner Regierungserklärung.

Uns ging auch diese Bemühung der Staatsregierung nicht weit genug. Die CDU-Fraktion setzte durch eigene Gesetzesinitiativen die Neuausschreibung aller Lehrstühle durch. Alle sollten die gleichen Chancen erhalten:

Der Lehrstuhlinhaber, der parteilose Bewerber aus dem akademischen Mittelbau und der Wissenschaftler von außerhalb der Hochschule. Die aus sorgfältiger Planung entstehende Hochschulstruktur konnte nur im Wettbewerb der besten Wissenschaftler besetzt und die DDR-Kaderstrukturen zerschlagen werden. Die Hochschulstrukturplanung zeigte bald, dass es bei den finanziellen Möglichkeiten des Freistaates Sachsen und der damit verbundenen Halbierung des Hochschulpersonals gar keine Alternative zum aufgezeigten Mechanismus des Wettbewerbs der wissenschaftlichen Qualifizierung geben konnte. Die neunzehn größeren und kleineren Hochschulen sollten nach Empfehlungen des Wissenschaftsrates in vier Universitäten und fünf Fachhochschulen überführt werden.

In heftigen Auseinandersetzungen gelang in Sachsen trotzdem eine viel weitergehende Erneuerung des Hochschulwesens als in anderen neuen Bundesländern.

Die von mir geschilderte Sicht der Dinge konnte man unter dem Titel „Hinter den Befindlichkeiten stecken Besitzstände“ in der FAZ vom 4. September 1992 nachlesen. Vergeblich versuchten Staatskanzlei und Wissenschaftsministerium damals bei Herausgebern der Zeitung das Erscheinen des Namensartikels zu verhindern.

Der Rest meiner Geschichte ist schnell erzählt. Auch in der Erneuerung der sächsischen CDU und bei anderen Gelegenheiten scheute ich keinen Konflikt. Auseinandersetzungen müssen in der Politik offen ausgetragen werden, ansonsten verkümmert unser demokratisches Gemeinwesen. So wurde ich 1994 Kultusminister und 2002 Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, und so verlor ich mein Ministeramt 2004.

Heute blicke ich dankbar auf unsere friedliche Revolution zurück, die keine Menschenleben kostete. Die totalitäre Diktatur des Kommunismus verschwand aus der europäischen Geschichte, die Russen mussten sich aus Mitteleuropa zurückziehen, und die Spaltung Deutschlands und Europas war überwunden.

Erstmals in der deutschen Geschichte siegte eine demokratische Revolution und führte uns an die Seite der großen westlichen Nationen. Das bleibt das historische Verdienst der Menschen im Osten und sollte alle Deutschen mit dem Stolz erfüllen, den man durchaus Patriotismus nennen darf. Die Bundesregierung und Helmut Kohl nutzten mit Hilfe der Amerikaner die entscheidenden Monate des Jahres 1989 und 1990 und sicherten die Position des wiedervereinigten Deutschlands in Europa politisch ab. So fanden sich die Deutschen nach selbstverschuldeten Katastrophen von weltgeschichtlich einmaligen Dimensionen als Gewinner in der Mitte Europas wieder, umgeben von befreundeten Staaten und versehen mit großartigen Perspektiven. Nun liegt es an uns Deutschen selbst, unser großes und starkes Land auf Erfolgskurs zu bringen.

Wie am Tag des Mauerfalls im Gemeindesaal der Martin-Luther-Kirche in Dresden am 9. November 1989 meine ich, dass wir kein Selbstmitleid und endloses Gerede um Befindlichkeiten brauchen, sondern Mut und Tatkraft.

Eine Alternative zum eingeschlagenen Weg der Wiedervereinigung, zum Übergang von der sozialistischen Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft und zur Integration in die westlichen Demokratien hat es nie gegeben.

Nirgendwo schlug ein europäisches Land nach den demokratischen Revolutionen der Jahre 1989/1990 einen „dritten Weg“ zwischen kapitalistischer Marktwirtschaft und sozialistischer Planwirtschaft ein. Der Sozialismus mit menschlichem Antlitz blieb ein Hirngespinnst von Intellektuellen. Eine Alternative findet sich allenfalls noch in China: Totalitäre Diktatur, kombiniert mit einer entfesselten freien Marktwirtschaft und am Großmachtstreben orientierten Nationalismus als neue „Dialektik von Basis und Überbau“. Der Transformationsprozess der Wirtschaft und der Gesellschaft lief in Deutschland unter opulenten Bedingungen ab. Jedes Jahr erbringt der westliche Teil unseres Vaterlands gewaltige Transferleistungen in einer Größenordnung von etwa fünf Prozent des Bruttosozialproduktes, die zu über zwei Dritteln konsumiert und damit nicht ausreichend in die Zukunft unseres Landes investiert werden. Ursache dafür ist die Übertragung der längst reformbedürftigen Strukturen des Westens und seines Anspruchsdenkens, das längst nicht mehr mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands übereinstimmt. Das Resultat dieser Entwicklung ist eine schlechte Stimmung, in der viele „Ossis“ sich als die ewig zu kurz gekommenen und viele „Wessis“ als die ständig Abgezockten fühlen. Der alte deutsche Glaube an die Allmacht des Staates erweist sich in der Zeit der gnadenlosen Globalisierung als Irrglaube. Vater Staat kann die Vielzahl der Ansprüche der diversen Interessengruppen nicht mehr befriedigen, da diese sich andererseits als Leistungsbringer aus der nationalen Solidargemeinschaft verabschieden. Deshalb verspricht ein verantwortungsbewusster Politiker heute keinen steigenden Lebensstandard mehr. Die einschneidenden Reformen des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherungssysteme führen in Deutschland zu weniger Wohlstand und mehr Verantwortung des Einzelnen.

Aber sie können unsere Gesellschaft stabilisieren und Millionen wieder in den Arbeitsprozess integrieren. Dazu brauchen wir ein verändertes gesellschaftliches Bewusstsein mit mehr Gemeinsinn, das dann zumindest die Lebensqualität steigern kann. Wenn dieser Prozess gelingt, wird die Gesellschaft in Europa wohlhabender und sozialer sein als die unserer globalen Wettbewerber. Dann hätten wir Mittel- und Osteuropäer durch die demokratische Revolution nicht nur die Spaltung Europas und der Welt überwunden. Wir Europäer, und Deutschland ist der Motor Europas, würden gemeinsam auf dem alten Kontinent ein leistungsfähiges und solidarisches Modell der westlichen Demokratie schaffen.